

An

Ashok Sridharan, Oberbürgermeister der Stadt Bonn

Lissy von Bülow, SPD, Oberbürgermeisterkandidatin

Katja Dörner, MdB Bündnis90/Die Grünen, Oberbürgermeisterkandidatin

Michael Faber, Die Linke, Oberbürgermeisterkandidat

Bonn, 29.03.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister der Stadt Bonn,

sehr geehrte Frau von Bülow, sehr geehrte Frau Dörner, sehr geehrter Herr Faber,

wir, der Bonner Offene Kreis DaF/DaZ-Lehrkräfte (BOK), nehmen die Ausnahmesituation der Corona-Pandemie zum Anlass, noch einmal einen nachdrücklichen Appell an alle in kommunaler Verantwortung agierenden Mandatsträger zu richten: Gewähren Sie den Lehrkräften für Integrations- und Deutschförderkursen in der VHS, aber auch in privaten Sprachschulen ein Mindestmaß an sozialstaatlicher Absicherung, indem Sie sich zumindest an ihren Sozialversicherungsbeiträgen beteiligen und/oder sich auf Landes- und Bundesebene engagiert dafür einsetzen. Diese Lehrkräfte mit abgeschlossenem Hochschulstudium und vom BAMF speziell für diese Kurse zugelassen, schaffen innerhalb sehr schwerer Rahmenbedingungen auf fachlich hohem Niveau durch die Vermittlung der deutschen Sprache, der deutschen Kultur und europäischer Werte die Grundvoraussetzung für die Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft und in unseren Arbeitsmarkt. Es ist Deutschland, einem vergleichsweise reichen Industriestandort unwürdig, sich mit hochqualifizierten „Mitarbeiter\*innen“ ein Qualitäts-Image zu sichern und den weitgehend auf Honorarbasis beschäftigten Lehrkräften sozialstaatliche Errungenschaften wie zum Beispiel „Verdienstersatzzahlungen“ im Krankheitsfall oder wie nun während einer Pandemie vorzuenthalten. Die Corona-Situation führt einmal mehr vor Augen, dass die Stadt hier ihrer Verantwortung nicht angemessen nachkommt. Dass die Stadt Bonn z.B. für wichtige Teile des VHS-Lehrpersonals nicht mehr anzubieten hat als prekäre Beschäftigungsverhältnisse, macht die Notwendigkeit eines Umdenkens der Stadt Bonn zumindest gegenüber ihrer Volkshochschule nachdrücklich deutlich. Dass auch die wenigen hie und da bei privaten Sprachschulträgern festangestellten DaF/DaZ-Lehrkräfte bei Vollzeit ein wöchentliches Unterrichtseinheitenkontingent von 32 und mehr haben, was plus ihrer unterrichtsfreien Arbeitszeit mindestens eine 50 -Stundenwoche bedeutet, ist ebenso ein Skandal. Zumindest für diese prekären Zustände in der VHS Bonn sind Sie als Bonner Mandatsträger direkt mitverantwortlich!

Der Lehrkörper der Volkshochschulen wirkt durch seinen engagierten Gestaltungswillen bei der Umsetzung zentraler Bildungsaufgaben in kaum hoch genug einzuschätzender Weise in die Stadtgesellschaft hinein und verändert diese signifikant positiv. Hier geht es um nichts weniger als den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Teilhabe in den unterschiedlichsten Bereichen. Dass diese grundlegenden Werte unserer Gesellschaft nicht unmittelbar „beweis- und messbar“ sind, halten einige noch immer für den Beleg ihrer Verzichtbarkeit. Dass genau das Gegenteil der Fall ist, charakterisiert das Fundament des Weiterbildungsgesetzes unseres Landes. Die hier unter anderem festgeschriebene „Sicherstellung eines bedarfsdeckenden Angebots an Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung“ demonstriert programmatisch, in welchem hohem Maße sich die Verantwortlichen in den Bereichen der Exekutive und Legislative der Bedeutung der Weiterbildung bewusst waren.

Liest man allerdings das im August 2019 eingereichte und damit aktuelle Gutachten zur „Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes in NRW“, das Prof. Dr. Jörg Bogumil und Dr. David H. Gehne im Auftrag der Landesregierung und des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft verfasst haben, fällt eine nicht unerhebliche und viel sagende Leerstelle auf. Die Art der Beschäftigungsverhältnisse in den Weiterbildungseinrichtungen, die im Großen und Ganzen vergleichbar sind, ist den Gutachtern nur einige wenige deskriptive Sätze zum Ist-Zustand wert. Für die Volkshochschulen lautet der Ist-Zustand, dass diese ihren Lehrbetrieb zu beinahe 100% mit Freiberuflern bestreiten. Die strukturellen Probleme in den Kommunen und der Finanzausstattung und deren Implikationen für die Weiterbildungseinrichtungen insgesamt und die Volkshochschulen im Besonderen werden in diesem Gutachten noch nicht einmal gestreift. Wir halten dies für skandalös. Nicht zuletzt im Sprachenbereich und im Bereich Deutsch als Zweit- und Fremdsprache gibt es eine große Gruppe arbeitnehmerähnlich Beschäftigter, die prekär beschäftigt sind und ihre Sozialbeiträge zu 100% selbst bezahlen müssen.

Dies in nachhaltiger und zukunftsweisender Weise zu ändern, erachten wir für einen wichtigen Beitrag der angemessenen Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes. Stärken Sie den Volkshochschulen auf kommunaler Ebene den Rücken, indem sie diese zukunftssicher machen, und greifen Sie beim Lehrkörper nicht auf Beschäftigungsmodelle zurück, die einer demokratischen Bildungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts unwürdig sind. Warum interessiert es eigentlich so wenig, unter welchen Rahmenbedingungen der Lehrbetrieb auf der Ebene des Lehrkörpers gewährleistet wird? Die derzeitige Form der Honorarverträge impliziert für alle arbeitnehmerähnlichen freiberuflichen Lehrkräfte neben Altersarmut eine große Instabilität, die mit einer hohen psychischen Belastung einhergeht.

Die Honorarlehrkräfte an der Bonner VHS und privaten Sprachschulen in Bonn beweisen tagtäglich ihre Kompetenz, ihr großes Engagement und ihren professionellen Gestaltungswillen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Im Gegenzug wünschen wir uns eine uns als Mitarbeiter\*Innen wahrnehmende Sicht seitens der Kommune. Es sollten reguläre Beschäftigungsverhältnisse dort entstehen, wo sie de facto seit langem in Anspruch genommen werden. Eine Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes ist ohne die Volkshochschulen nicht vorstellbar. Wir fordern Sie dementsprechend auf, diese Einrichtungen angemessen finanziell auszustatten, sodass der Lehrbetrieb in jeder Hinsicht unter würdigen Umständen stattfinden kann und auch einen positiven Einfluss auf Beschäftigungsverhältnisse in privaten Sprachschulträgern in Bonn hat.

Bitte setzen Sie sich innerhalb Ihrer Partei dafür ein, dass Lehrkräfte in Deutschsprachkursen entsprechend ihrer Qualifikation und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft bezahlt und durch faires Arbeitsrecht geschützt werden.

Unsere Lokalgruppe, der Bonner Offene Kreis, ist Teil des bundesweiten Netzwerkes **Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte**, auf dessen Homepage sie sich detailliert über die Situation der Deutschlehrkräfte und unsere Forderungen an die Politik informieren können: [www.dafdaz-lehrkraefte.de](http://www.dafdaz-lehrkraefte.de)

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Pabel, Monika Strauss-Rolke, Ulrike Wefers, Katrin Brunotte, Iris Schneider  
[Bonner Offener Kreis DaF/DaZ-Lehrkräfte](http://www.bonner-offener-kreis-daf-daz-lehrkraefte.de)